

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 12. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. December.

12 Uhr. Am Ministerial-Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien, später Sobrecht und Graf Stolberg.  
Eingegangen sind ein Gesetzentwurf, betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, so wie Uebersichten über den Fortgang des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahnen im J. 1877—78, über den Stand und Fortgang der Staatseisenbahnbauten vom 1. October 1877 bis Ende September 1878, für welche die Geldmittel durch besondere Gesetze oder durch den Etat der Eisenbahnverwaltung bewilligt worden sind, endlich über das technische Unterrichtswesen und die Porzellan-Manufactur. Die Anträge v. Schorlemer's und Windthorst's (Meppen), betr. die allgem. Wechselbarkeit und die Abänderung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassung sind bereits im Wortlaut bekannt.

Nachdem der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichts-Gesetz und zu den deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige an die für die eingebrachten Ausführungsgesetze bereits bestehende Commission verwiesen worden, folgt der Bericht der Budget-Commission über den Gesetzentwurf, betr. die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geburtsständigen Klinik der Universität Berlin. — Die Kosten desselben sind vorläufig auf 1,540,000 M. veranschlagt, von denen zunächst 1,200,000 M. für den Kaufpreis der Grundstücke verlangt werden. Die Commission (Hof. Birchow) hat einstimmig die Bewilligung der verlangten Summe empfohlen, obwohl sie sehr hoch ist. Aber das Bedürfnis ist nicht abzusehen, die vor fast fünfzig Jahren begründete Anstalt genügt ihm und den neu hinzutretenden Ansprüchen der Gynaecologie schon längst nicht mehr. Man kann von Glück sagen, daß man in der Fingierstraße in der Nähe der chirurgischen und Augenklinik zwei große zusammenhängende und frei liegende Grundstücke gefunden hat, die bis zum 3. Januar 1879 abgenommen werden müssen.

Abg. v. Heermann stimmt dem Antrage auf Bewilligung, jedoch bei der jetzigen Finanzlage nur mit schwerem Herzen bei. Nachdem bis vor 6 Jahren die Stiftsinstitute in hohem Grade vernachlässigt waren, sind seitdem mehr als 6 Millionen für Herstellung derselben verausgabt worden, wobei einzelne Institute in überreicher Weise, z. B. mit Dienstwohnungen von einer Eleganz, die fast ein gewisses Lächeln erregen kann, ausgestattet wurden. Aber in dem Bestreben, das Verfallene nachzuholen, wurde die geburtsständige Klinik, trotzdem ihre Unzulänglichkeit schon 1873 sehr stark hervortrat, bisher vernachlässigt.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Göppert möchte von der in Aussicht gestellten Zustimmung gern den gelinden Tadel ablassen, der bei diesem Anlaß gegen die Verwaltung gerichtet wird. Unter Mitwirkung des Landtages ist seit 6 Jahren für die preussischen Universitäten das geleistet worden, was in anderen deutschen Staaten längst geschaffen war. Bis dahin waren die Institute der Universität Berlin bis 1872, abgesehen von der neuen Bibliothek und dem neuen Laboratorium, schlechter untergebracht, als manche Provinzialinstitute. Man erkannte im Ministerium klar, welche Summen die Befriedigung dieser Bedürfnisse erforderte, und ging nicht planlos vor, mußte aber, je nachdem sich die Möglichkeit bot, zugreifen. Das Bedürfnis nach einer neuen geburtsständigen Klinik war eben so klar, wie das nach einer chirurgischen. Man mußte aber ein geeignetes Grundstück finden, und was dabei auf eine bestimmte Stadtgegend angewiesen. Hätte man nun damals à tout prix ein Grundstück erworben, so hätte es viel mehr gekostet, als das, was jetzt von Ihnen erbeten wird.

Abg. v. Benda: Auch die Budgetcommission empfiehlt die Rückkehr zur alten preussischen Sparsamkeit und wird sie in ihrem allgemeinen Bericht noch ganz besonders empfehlen. Mit der Bewilligung der für den Ankauf der Grundstücke als hoch erkannten Summe soll jedoch kein Präjudiz für ein bestimmtes Bauproject ausgesprochen sein.

Die Vorlage wird darauf einstimmig genehmigt.

Das Haus geht darauf die zweite Beratung des Etats fort und genehmigt die Special-Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der Rente und des Zuschusses zur Rente des Krondeichcommissionsfonds, der Generalordenscommission, des Geheimen Civilcabinet's, der Oberexaminations-Commission, des Disciplinarpöfices und des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzconflicte. Bei dem Etat der Staatsarchive wünscht v. Färth, daß den Directoren der Provinzialarchive bestimmte Summen zum Ankauf von Urkunden nach freiem Ermessen zur Disposition gestellt werden. Durch das Anrufen der Centralinstanz in jedem einzelnen Falle werde die Verhandlung mit dem Verkäufer häufig erschwert, oft ganz verhindert. Außerdem sei es empfehlenswerth, Register der in jedem Archiv befindlichen Urkunden zu publiciren und die Bestände der Archive nach den Verhältnissen der Localen Geschichte zweckmäßiger zu vertheilen. In den Archiven in Coblenz, Düsseldorf und Jöfien sind die Urkunden ziemlich bunt durcheinander gewürfelt.

Generaldirector der Staatsarchive v. Sybel: Die Provinzialarchive haben bestimmte Summen für solche Zwecke, die aber so klein sind, daß sie schon in den ersten Monaten gewöhnlich aufgebraucht sind. Wird in einem solchen Falle an die Centralinstanz appellirt, so erfolgt die Entscheidung so schnell, daß die Verhandlungen mit den Verkäufern kaum darunter leiden können. Die Aufgabe, das Register der Urkunden publicirt werden sollen, ist leicht gestellt, aber schwer auszuführen: zumal wenn man bedenkt, daß im Jöfien'schen Archiv vielleicht 16,000 Urkunden ruhen, die noch gar nicht verzeichnet sind. Auf eine zweckmäßige Vertheilung der Urkunden nach den Localen Verhältnissen wird beständig Bedacht genommen.

Abg. v. Färth bittet im nächsten Etat den Provinzialarchiven größere Summen zur Verfügung zu stellen.

Der Etat der Staatsarchive wird genehmigt.

Beim Etat für Zwecke der Landesvermessung fragt Schmidt (Stettin), wie weit das Präclisions-Nivellement über die preussischen Provinzen sich erstreckt; die topographische Aufgabe Schleswig-Holsteins scheint vollendet, nicht aber die Hannovers, welche im Interesse der Kenntnis der Nordseeküste höchst wünschenswert ist.

Major v. Steinhausen: Nördlich des Breitengrabes von Berlin erstreckt sich das Präclisions-Nivellement auf alle Gebietstheile. Die topographische Aufnahme Schleswigs ist vollendet, die Hannovers nicht, denn es handelt sich darum, erst andere Aufnahmen in Angriff zu nehmen. Das ganze Werk wird nach dem Plan in zwei Decennien vollendet sein.

Beim Etat des „Reichs- und Staatsanzeigers“ bemerkt Richter (Hagen), daß die parlamentarischen Berichte des Hauses zwar ausführlicher geworden, aber unter dem Schein der Objectivität sehr tendenziös geblieben sind. Bei harmlosen Unterhaltungen geben sie keinen Anlaß zu Beschwerden; aber bei politischen Verhandlungen sind die Redner immer in dem Maße mehr verächtlich, als sie sich vom liberalen Standpunkte entfernen. So kommt bei der Verhandlung des Organisationsgesetzes der Abg. Gneist am besten fort, Lasers und Miquels Reden nehmen noch nicht denselben Raum ein wie die Gneist's, Hänel ist am Schlechtesten bedacht worden. Erst aus der Rede des Grafen Stolberg, die nahezu wörtlich wiedergegeben ist, erfährt man, was Hänel eigentlich gesagt hat, und man erbötet sich den Eindruck, als sei es der Graf Stolberg gewesen, der mit siegreicher Beredsamkeit alle Bedenken zerstreut hätte, trotzdem nicht alle im Hause diesen Eindruck hatten. Noch mißlicher wird die Sache, wenn die Debatten einen persönlichen Charakter annehmen. Der Reichskanzler habe ihm, dem Redner, nach seiner Rückkehr von Gastein alle möglichen Vorwürfe gemacht; der ganze persönliche Angriff ist abgedruckt, von der Erwiderung kein Wort. Da wäre es besser, wenn der „Reichs-Anzeiger“ gar keine Redakteur brähte.

Reg.-Commissarius v. Kurovski: Der „Reichs-Anzeiger“ wird auf das Vergnügen verzichten müssen, es mit seinen Berichten dem Vorredner recht zu machen. (Unruhe links.) Die Berichte sind ausführlicher als früher, ja oft derselben Correspondenz entlehnt, die die großen Blätter benutzen. Die Redaction ist angewiesen, wenn sie Reden der Minister im Wortlaut giebt, die Stellen aus den vorherigen und nachfolgenden Reden, die zum Verständnis notwendig sind, ebenfalls zu geben. Daß dabei Mißgriffe

vorkommen können, ist leicht einzusehen, auf die Specialfälle will ich nicht eingehen.

Abg. Schmidt (Stettin): Als einziger Ausweg bietet sich nur das Mittel, die stenographischen Berichte dem „Staats-Anzeiger“ beizulegen. Wenn der Commissarius der Redaction die Schuld zuschiebt — wir haben es nicht mit der Redaction zu thun, sondern nur mit der verantwortlichen Stelle. Die Abnahme der Abonnentenzahl des „Staats-Anzeigers“ hängt zusammen mit dem Eingehen der früher beigegebenen besonderen Beilagen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich möchte dem Herrn Commissarius doch zu erwägen geben, ob es ganz richtig ist, hier im Hause gemachte Bemerkungen einfach zurückzuweisen, anstatt sie auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Was Richter verlangt, kann ausgeführt werden, wenn man nur will. Der „Reichs-Anzeiger“ sollte nach meiner Meinung nur Amtliches publiciren und alles Andere, auch die belehrenden Artikel der übrigen Presse überlassen. Am besten wäre es, die stenographischen Berichte beizulegen; die Correspondenzen, auch der großen Blätter, sind parteiisch, daran tragen wir alle gemeinsam Schuld, jede Partei wird durch ihr Organ begünstigt, am parteiischsten freilich sind die Berichte der Neu- und Freiconservativen, besonders die der „Post“.

Abg. Richter (Hagen): Der Regierungskommissar hat gegen meine tatsächlichen Bemerkungen nur eine persönliche Bemerkung zu machen gewagt. Die Persönlichkeit des Commissars ist mir gleichgültig; ich weiß nicht einmal, wie er heißt. Aber ich bin der Meinung, daß das Ansehen der Regierung nicht gewinnen kann, wenn dergleichen Leute ... (Große Unruhe rechts.)

Präsident v. Bennigsen hält den Ausdruck „vergleichende Leute“ für parlamentarisch nicht ganz passend.

Abg. Richter (Hagen): Wenn dergleichen Herren Regierungskommissare, dergleichen Männer, welche untergeordnete Stellen innehaben (Unruhe rechts), auf sachliche Verhaltungen mit solchen persönlichen Bemerkungen antworten. Nicht die Ungebilligkeit der Redaction kann verantwortlich gemacht werden, sondern die Schuld liegt an der oberen Leitung, welche nicht die erforderliche Befähigung besitzt.

Regierungskommissar v. Kurovski: Daß meine Erwiderung auf die Rede des Abg. Richter eine so verletzende war, daß sie seinen Ausfall gegen mich rechtfertigt, verstehe ich nicht. Der Redaction habe ich keine Schuld beigemessen, sondern nur gesagt, daß es schwer sei, die generell ertheilten Anweisungen im Speciellen anzuwenden. Daß die besonderen Beilagen des „Staats-Anzeigers“ aufgehört haben, entspricht lediglich einem Wunsche dieses Hauses.

Der Etat des „Staats-Anzeigers“ wird genehmigt.

Es folgt der Etat für das Bureau des Staatsministeriums.

Abg. Hänel: Meine Freunde und ich haben diesen Etat für geeignet gehalten, um die Erläuterungen zu geben, welche in Betreff des über Berlin verhängenen kleinen Belagerungszustandes erwartet werden, weil seine Verhängung Sache des Staatsministeriums ist. Da aber von anderen Seiten die Erörterung dieses Punktes an einer anderen Stelle gewünscht wird, wollen wir auf eine vorzeitige Erörterung nicht eingehen, erwarten eine solche aber bei der anderen Gelegenheit.

Beim Titel 12 dieses Etats: Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke: 93,000 Mark entspinnt sich eine längere Debatte.

Abg. Richter (Hagen): Ich spreche nicht von der officiellen Presse, sondern nur von der „Provinzial-Correspondenz“, für deren Haltung die Regierung die Verantwortung übernommen hat. Alles, was sie angeht, gilt zehnfach von der officiellen Presse. In formeller Beziehung hat die „Provinzial-Correspondenz“ Abonnements-Einnahmen, die ungehörig Weise nirgends verrechnet werden. Sie hat in Bezug auf Steuererlasse Versprechungen gemacht, nicht wie Minister Sobrecht neulich bemerkte, durch die Polemik veranlaßt, sondern in dem Artikel „Ablichten und Wünsche der Regierung“. In diesem und in einem anderen gegen mein Flugblatt „200 Millionen Mark neuer Steuern“ gerichteten Artikel wird die Thatfache verschleiert, daß man neue Steuern verlangt, nicht bloß zu Steuererlassen, sondern auch zur Vermehrung der Steuerlast. In dem Auszuge aus dem ersten Artikel, welchen die Landräthe amtlich verbreiteten, ist sogar jede Andeutung fortgelassen, daß die Regierung eine Erhöhung der Tabaksteuer beabsichtige. Der unbefangene Wähler muß den Eindruck bekommen, als ob die Regierung ein Elirix besäße, Steuern zu erlassen, an dessen Anwendung sie bisher nur die Parteien gebindert hätten. Der Widerspruch zwischen den wirklichen Absichten der Regierung und ihren Wahlversprechungen wird im Laufe unserer Verhandlungen noch schärfer hervortreten, so daß bei den nächsten Wahlen jeder Wähler weiß, was er von solchen Versprechungen zu halten hat. Noch bedenklicher ist mir in einem anderen Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ die Andeutung über eine Verforgung der Wittwen und Waisen der Beamten nach elassischem Muster. Außer den Socialisten hat keine Parteigründung persönliche Interessen der Beamten berührt. Das Hineinjagen solcher in den Wahlkampf ist geeignet, auf die Integrität des Beamtenstandes höchst nachtheilig zu wirken (Sehr wahr), noch dazu wenn man gar nicht die Absicht haben kann, solche Versprechungen zu realisiren. Die „Provinzial-Correspondenz“ hat das Stichwort von den staatsverhaltenden Parteien ausgegeben. Solche Untertheilung ist noch schlimmer, als zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden, eine Bezeichnung, die mir allen Parteien gegenüber stets mißfallen hat. Zu den staatsverhaltenden Parteien rechnet die „Provinzial-Correspondenz“ von den National-liberalen höchstens noch Männer wie Gneist, von Freisicht und von Cuny. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Redner verliest Stellen, worin es heißt, daß die Nationalliberalen den wahrhaft staatsverhaltenden Elementen der Nation gegenüber in eine schwierige Lage gebracht seien; die wirklich staatsverhaltenden Kräfte dieser Partei möchten sich befreien von einer Leitung, die sich mit der Fortschrittspartei vereinige. (Hört! Hört!) Wenn Alles nur staatsverhaltend ist, was die „Provinzial-Correspondenz“ dazu rechnet, wäre es überhaupt um die Staatsverhaltung geschehen. Die „Provinzial-Correspondenz“ perverwechselt Erhaltung des Staates und Erhaltung des Reichskanzlers und seiner neuen Besteuerungsprojecte. Sie hat wiederum beschimpfende Aeußerungen über die Fortschrittspartei aus anderen Blättern abgedruckt, obwohl der frühere Minister des Innern dies ausdrücklich getadelt hat. Wir erwarten von seinem Nachfolger dieselben anständigen Gesinnungen über das Verhältniß der „Provinzial-Correspondenz“ zu den Parteien. (Sehr gut! Unterbrechung.) Allerdings hat der frühere Minister trotz aller politischen Gegnerschaft eine ritterliche Kampfesweise nicht verkennen lassen. (Heiterkeit. Sehr wahr.) (Redner verliest Ausdrücke der „Provinzial-Correspondenz“ gegen die Fortschrittspartei, wie „hämische Gezeier“, „Clique der unbedingten Verneinung“, „Vergiftung des politischen Bodens“, „Rechtstünke und Wählernein“, welche der Socialdemokratie vorarbeiten.“) Unmittelbar vor der Wahl hat die „Provinzial-Correspondenz“ soeben einen Artikel gegen Hänel gebracht, worin sie unter Aufzählung einer von allen Beilegungen längst als erfunden constatirten Scene im Reichstage zwischen Hänel und dem Socialdemokraten, diesem ein Bündnis mit den Socialisten vorwirft. (Hört! Hört!) Einen solchen Mann habe man im ersten Berliner Wahlkreise aufgestellt. In Berlin hat Hänel mehr Stimmen bekommen, als irgend ein Candidat vor ihm, aber in der Umgegend von Kiel hat ein Bürgermeister, wie es heißt, auf Anordnung des Landraths, diesen Artikel als Flugblatt verbreiten lassen (Hört!), noch dazu ohne Angabe des Druckers. Ähnlich hat in meinem Wahlkreise die Polizei Flugblätter ohne Angabe des Druckers, wenn sie die größten Verleumdungen enthielten, unbekanntet verbreiten lassen.

Dagegen hat man Flugblätter der Nationalliberalen, weil neben dem Drucker der Herausgeber nicht genannt war, colliert; die Gesetze sind bei den Wahlen nur gegen die Opposition, nicht gegen die Regierungsparteien angewendet worden. In den letzten Wochen hat die „Prov.-Correspondenz“ Artikel gebracht mit Lobeserhebungen für den Papst und Schmähungen für das Centrum, sie hat sich als Organ des Papstes contra Centrum hingestellt. (Heiterkeit.) In der letzten Nummer sucht man Herrn v. Bennigsen als den eigentlichen Urheber der neuen Steuerprojecte hinzustellen. Kurzum, auf jeden ehrlichen, unbefangenen Politiker muß die Kampfesart der „Prov.-Corr.“ einen widerwärtigen Eindruck machen. (Sehr wahr!) Diese Art,

vor den Wahlen unerfüllbare Versprechungen zu machen, falsche Thatfachen anzuführen, die Parteien unter einander zu verheben (Sehr wahr), ihre Führer persönlich zu verdächtigen, das mag in gewissen verzweifelten Situationen bei auswärtigen Händen als Kampfmittel angebracht sein; auf dem Gebiete der inneren Politik dergleichen Mittel zu gebrauchen, schadet der Entwicklung der politischen Zustände aufs Aeußerste. (Sehr richtig!) Ich möchte wünschen, daß der Minister diese Dinge nicht verteidigt, sondern ihr Uebersehen auf die Kürze seiner Amtsdauer und die anderweitigen Geschäfte zurückführt. Im Interesse der Regierung selbst liegt es, eine solche Kampfesweise einzustellen. Wir werden natürlich auch diesmal wie früher gegen die Bewilligung eines solchen geheimen Fonds stimmen. (Beifall links.)

Staatsminister Graf zu Eulenburg: Die geringen Beiträge, welche für Abonnements der „Provinzial-Correspondenz“ eingehen, reichen nicht hin, um die Kosten zu decken. Sie ist ein subventionirtes Unternehmen und es müssen ihm die Summen, die es nicht selbst aufbringen kann, zugeführt werden. Ueber den herben Tadel des Artikels „Ablichten und Wünsche der Regierung“ bin ich erstaunt. In der damaligen Bewegung der Presse war er ebenso gemäßig, als der Sachlage entsprechend, am wenigsten konnte er zu dem Vorwurf der Verschleierung Anlaß geben, da er die Absicht der Regierung in Bezug auf die wirtschaftliche und Steuerreform klar legte. Dabei wurde ausgeführt, daß es ohne eine Erhöhung der Steuern nicht abgehen werde, andererseits aber ein Nachlaß gerade der drückendsten Steuern in Aussicht gestellt. Wenn in einem anderen Artikel das Moment, daß es nicht bloß auf eine Steuererhöhung abgesehen sei, schärfer betont war, so hat ja schon der Vorredner zugegeben, daß dieser Artikel gerade in Abwehr heftiger Angriffe geschrieben worden ist. Der Auszug aus diesem Artikel habe ich leider nicht bei der Hand, kann also den Vorwurf einer noch größeren Verschleierung der Absichten der Regierung durch Citation nicht entkräften; aber die Absicht irgend etwas mißverständlich, als im Hauptartikel zu sagen, hat außerordentlich fern gelegen. Daß die Tabaksteuer dabei nicht erwähnt wurde, liegt daran, daß diese Steuer damals in aller Munde war und Jeder wußte, daß diese Steuer die brennende Frage sei. Eine amtliche Verbreitung des Artikels hat keineswegs stattgefunden. Wenn dies doch an einzelnen Orten durch die Bürgermeister geschehen ist, so habe ich dazu keine Anweisung gegeben und Veranlassung genommen, zu erklären, daß das meine Absicht nicht sei. Der Artikel ist nur den Landräthen überhändigt worden mit dem Anheimstellen, ihn durch die Presse zu verbreiten. Mit Bedauern muß ich darauf zurückkommen, daß der Abg. Richter die in dem Artikel erwähnte Verbesserung der Lage der Wittwen und Waisen der Beamten mißverständlich dahin deutete, als ob die Regierung damit die Beamten captiviren wollte, im Interesse der Regierung zu wählen. So weit sind wir noch nicht heruntergekommen, daß wir solche Mittel anwenden müßten, die Beamten zu ihrer Pflicht anzuhaken. (Beifall rechts.)

Auch sind die während der Wahlkämpfe gedruckten Artikel nicht Artikel des Angriffes, sondern der Abwehr, und in politischen Kämpfen, wie in anderen Kampfsarten, nimmt die Abwehr, um wirksam zu sein, die Form des Angriffes an. Sichtlich des Ausdrucks „staatsverhaltende Kräfte“ will ich auf das Scherzwort des Vorredners nicht eingehen, daß unter „Staats“ der Reichskanzler gemeint sei: das bedarf wohl keiner Widerlegung. Im Uebrigen ist der Ausdruck ganz angemessen; er enthält keine Beleidigung derer, die nicht darunter zu begreifen sind. Dieser Ausdruck ist nichts als die deutsche Uebersetzung des Wortes confervativ (Unruhe links; Auf: Das ist eine Beleidigung für die Liberalen!). Nichts liegt mir ferner, als irgend Jemand zu beleidigen. Wenn die Conservativen aufgerufen worden sind, zur Unterstützung der Regierung mitzuwirken, so hat sich noch Niemand dadurch beleidigt gefühlt. Das Wort „confervativ“ ist nur deswegen nicht gebraucht worden, weil es zu einer Fraktionsbezeichnung geworden ist. Eine Beschimpfung gegnerischer Parteien ist nicht vorgekommen. (Ruhe: Oh! Die vorgelesenen Stellen!) Aber, m. H., das sind doch keine Schimpfwörter! Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß für mich diese Wendungen so scharf sind, daß ich die Anwendung derselben nicht wünsche und darauf hinwirken werde, daß derartige nicht mehr geschieht. Ueber einen Fall spreche ich mein tiefstes Bedauern aus, ich meine die Bemerkungen hinsichtlich der Wahl des Abg. Hänel. Nach der heutigen Erklärung des Abg. Richter bezweifle ich den Vorfall ganz und gar nicht, aber der Artikel ist bona fide geschrieben worden; man hat mir den Artikel einer liberalen Zeitung vorgelegt und von dem Dementi war nichts bekannt geworden. Im Uebrigen muß ich noch hervorheben, daß die scharfen Wendungen der Artikel gerichtet sind gegen die Organe der fortschrittlichen Partei, nicht gegen Mitglieder dieses Hauses. Siernach glaube ich, daß die Haltung der „Provinzial-Correspondenz“ keine Gelegenheit giebt, gegen diese Fonds, deren Nothwendigkeit bereits in früheren Jahren nachgewiesen worden ist, zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Miquel: Meine politischen Freunde bewilligen sie jeder Regierung, ohne daß die Bewilligung oder Nichtbewilligung ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum bedeutet. Wir werden heute so verfahren, wie früher, und leben jede politische Bedeutung der Bewilligung ab. Ich halte ein Organ, welches die Regierung als das ihre anerkennt, in welchem sie von Zeit zu Zeit ihre Anschauung über bedeuliche Fragen der Politik ausdrückt, für notwendig und wohlthuend, namentlich in Zeiten, wo die politische Situation sich so schnell ändert. Auch von der Presse wird es sehr angenehm empfunden, daß auf diese Weise die Regierung Gelegenheit hat, ihre Stellung zu laufenden Fragen zu charakterisiren. Über solche Stellung eines Regierungsorganes legt der Regierung auch die allergrößte Heferde und Vorzicht in der Benutzung dieses Organes auf. Das ist bei uns noch viel mehr der Fall, als in einem Lande mit parlamentarischer Parteiregierung, wo die Majorität gewissermaßen die Minister ernannt; da ist es längst nicht so verlegend, wenn der augenblickliche Besitz der Staatsgewalt von der Majorität benutzt wird, um die Gegnerpartei anzugreifen, als bei uns, wo die Regierung einem Votum des Hauses nicht weicht. Es ist also an sich schon sehr bedenklich, wenn die „Provinzial-Correspondenz“ mehr thut, als politisch und objectiv die Stellung der Regierung in wichtigsten Fragen darlegen; jeder Weg der Polemik ist schon äußerst bedenklich, es wäre das Beste, wenn der Minister des Innern polemische Artikel völlig ausschloße. Daß aber im vorliegenden Falle die gegebene Grenze im erheblichen Maße überschritten worden, kann nach dem, was heute vorgelesen worden ist, keinem Zweifel unterliegen.

Wenn man von meinen politischen Freunden liest, daß sie ausdrücklich den staatsverhaltenden Elementen gegenüber gestellt werden, wenn geschrieben wird zwischen einzelnen Mitgliedern unserer Partei — mögen sie auch nicht mit Namen genannt werden — und gesagt wird, die einen gehören gar nicht mehr zu derselben, so geht das über das Ziel, welches die „Provinzial-Correspondenz“ sich setzen soll, hinaus. Auch andere politische Parteien haben sich seit Jahren bemüht, die verschiedenen Schattirungen der national-liberalen Partei gegen einander zu beken: anfänglich sprach man von der rechten und linken Seite; als das nicht mehr verding, wurden die hervorragenden Führer der Linken in den Bann gethan und endlich alle Führer, und man wählte nur noch die Geführten behalten. Aber die Regierung mußte sich doch fügen, daß ihr nicht gelingen würde, was den gegnerischen Parteien nicht gelang; sie hätte sich vor diesem Wege hüten sollen. Schattirungen sind in jeder großen Partei enthalten, aber feindliche Elemente in einer und derselben Partei finden wollen, das ist geradezu lächerlich. Erst wenn eine derartige Polemik, und namentlich eine persönliche, der „Provinzial-Correspondenz“ ganz unterzogen ist, wird deren Aagen voll von der Regierung empfunden werden.

Abg. v. Schorlemer-Mit: Der Ausdruck „nichtsstaatsverhaltend“ ist nur ein Ersatzwort für das frühere „reichsfeindlich“. Heute sind die Liberalen erstaunt, daß ein solcher Ausdruck auf sie angewendet wird; als aber das Centrum ganz allein so bezeichnet wurde, daß die liberale Presse mit Belegen eingestimmt. Es ist nicht schlimm, wenn hier im Hause die Geister heftig aufeinanderberauchen — der Präsident läßt eine ausgleichende Praxis; es ist auch nicht schlimm, wenn in der Presse die Parteien sich heftig bekämpfen — man kann sich wehren; schlimmer ist es aber, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein Organ, das sich freiwillig gubernemental nennt und eingestandenemmaßen Inspirationen von den Behörden erhält,



als Dank für die Abstimmung beim Socialistengesetz Sätze über die national-liberale Partei aus dem „Austrii Wir“ abdruckt, wie das geschehen ist.

Geradezu verabschuldungswürdig ist es, wenn das Organ einer von der Regierung geforderten Partei, die „Deutsche Vereins-Correspondenz“, Angriffe auf das Verhalten einer Allerhöchsten Dame bei dem 25jährigen Hochzeitsjubiläum des Fürstbischöfs von Breslau macht, wenn die berüchtigsten Frictionsartikel als Kunstfehler von dem Biographen des Fürsten Bismarck, Dr. Moriz Buid, der noch jetzt eine Staatspension bezieht, während der Abwesenheit des Medaillens-Bismarck in die „Grenzboten“ eingeschmuggelt wurden. Unzulässig ist es, wenn ein aus Staatsmitteln subventioniertes Blatt, das von den Behörden vertrieben wird, Mitglieder der Landesvertretung beschimpft, verleumdet und mit Lügen überschüttet, wie das in dem Artikel Centrum contra Rom geschehen ist. Das läßt uns eigentlich kalt, denn die Regierung hat es schon so weit gebracht, daß die von ihr besonders heftig angegriffenen Personen und Parteien an Ansehen im Lande gewinnen. Wir werden abwarten, ob die Regierung es wagen wird, uns jetzt wieder einen solchen Schacher anzubieten, wie im Februar 1872. Sie wird dann eine gleiche Antwort wie damals bekommen. Es ist doch eine eigenthümliche Lage, in der wir uns befinden; man erkennt die Schäden, um deren Beseitigung wir kämpfen, an, und doch soll es nur in dem Willen eines einzigen Mannes liegen, wann dieser Kampf beendet wird. Darin müssen aber alle Parteien einig sein, daß die „Provincial-Correspondenz“ ihre Schreibweise gegen Personen der Landesvertretung ändern muß. So lange der Minister dies nicht ausdrücklich erklärt, werden wir gegen die Position stimmen.

Abg. Schröder (Kippstadt): Ein Theil dieses Fonds dient zur Züchtung der officiellen Literaten, obwohl außer diesen ehrlichen Mitteln der Regierung noch eine Menge anderer für diesen Zweck zu Gebote stehen. Der Zustand ist schon bedenklich für das Land geworden. Es ist schwer, solche Dinge zu beweisen, jetzt bringen wir zufällig einen solchen Beweis in der Erklärung des Contre-Admiral Werner gegen die „Kieler Zeitung“, wonach der Erstere letzterer officiellen Marinenaachrichten zugehen ließ unter der Bedingung, daß die genannte Zeitung keine nachtheiligen Nachrichten über die Marine bringe. In den Streit selbst gehe ich nicht ein, ich bin den eleganten Literaten der Fortschrittspartei nicht gewachsen. Im Sinne des Admiral Werner war das Abkommen jedenfalls so geschlossen. Das heißt aber, die Regierung gewährt Vortheile, wenn ein allgemeines Hallohuja für sie angestimmt wird, nimmt aber jeden Tadel ihrer Maßregeln sehr übel auf. Diesem Verfahren huldigen auch die anderen Verwaltungsgeschäft und suchen sich Fonds für diese Zwecke zu verschaffen. Dasselbe Bestreben zeigte sich auch im Bundesrath beim Entwurf der deutschen Tarifordnung, wonach die Bestimmung der Publicationsorgane der Tarife der Regierung vorbehalten bleibt. Das ist ein kleiner Nebenfluß des Revisionsfonds. Diese von der Regierung gezeichneten officiellen Literaten sind äußerst ungeschickt, bornirt und tactlos. In derselben Nummer einer von ihnen bedienten liberalen Zeitung lese ich auf der ersten Seite, der Fürst Bismarck sei so krank, daß er an den Einzugsfeierlichkeiten nicht theilnehmen könne, und zwei Seiten weiter, daß der Fürst sich so wohl befinden habe, wie jeht. Bei der großen Zahl und der Seruntergekommenheit dieser Leute hege ich ernste Besorgnisse, wie wir dieselben ernähren werden, wenn die Fonds einmal aufhören werden zu fließen. Oder werden wir die Samoa-Inseln besetzen, damit sie später dort die laffenbraunen Minister glorificiren? Jedenfalls muß das Land auf diese Zustände aufmerksam gemacht werden, damit es die Ergebnisse dieser Literaten mit größter Vorsicht liest.

Abg. v. Minnigerode: Wir sind der Meinung, daß die Regierung ein Publicationsorgan wie die „Provincial-Correspondenz“ nicht entbehren kann und werden deshalb die Position bewilligen. Wir wünschen aber, daß dieses Organ in geeigneter Form benutzt werde und nicht persönlich aggressiv sei, wohl aber objectiv klar die Ansichten der Regierung hinstelle. Das ist für alle Parteien bei den nächsten Wahlen wichtig.

Abg. Hänel: Es ist richtig, daß es für alle Parteien wünschenswerth bei den nächsten Wahlen ist, wenn die Regierung ihre Stellung zu den herrschenden Fragen klar bezeichnet. Das müßte aber zunächst nicht in der „Provincial-Correspondenz“, sondern durch Entwicklung eines klaren Programms hier im Hause geschehen, was wir bis zur Stunde noch vermissen. Der Vorredner hat ebenfalls die Polemik der „Provincial-Correspondenz“ gegen Personen und Parteien mißbilligt und damit ist in dieser Hinsicht das Einverständnis der staatsrechtlichen, conservativen Parteien mit den nichtstaatsrechtlichen zu meiner Freude erzielt. Ich weiß nicht, ob der Abg. Schröder bei unseren vielfach schon corrupturirten deutschen Presseverhältnissen ein Interesse daran hat, den Kreis der officiellen Presse zu erweitern. Wenn auch unbedenklich, daß er das in Betreff der „Kieler Zeitung“ versucht. Ich muß zugeben, daß die von der „Kieler Zeitung“ ausdrücklich demontirte Erklärung des Admirals Werner dazu Anlaß geben kann; dieselbe kann nur auf einen lapsus calami beruhen. Die „Kieler Zeitung“ hat die angeführte Verpflichtung nie übernommen, sie hat die ihr zugeworfenen Marine-Nachrichten bezahlt und dieselben nur in ihrem eigenen Interesse stets auf ihre Nichtigkeit bei der Marinestation prüfen lassen. Sie war dort auch unter dem Admiral Werner nie gut angekommen, ihr sind schon lange die officiellen Marine-Inserate entzogen und ihr Abonnement ist in den Offizierskreisen der Marine mißbilligt worden.

Minister des Innern Graf Culenburg: Die verschiedenen Exemplificationen der Abg. von Schorlemer und Schröder aus Zeitungen auf hohe und allerhöchste Personen nöthigen mich zu der Erklärung, daß die Staatsregierung für Mittheilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Deutschen Vereins-Correspondenz“ oder anderer nicht ausdrücklich genannter Zeitungen weder eine directe noch indirecte Verantwortlichkeit übernimmt und alle daraus hergeleiteten Inquisitionen entschieden zurückweist.

Abg. Ridert: Die Handhabung der officiellen Presse und namentlich die Handhabung der Presseangelegenheiten wird durch die Organe des Ministers des Innern, die Landräthe, nicht in dem Sinne geführt wie das Land es wünschen muß. Ich freue mich, daß der Minister des Innern dem Abg. Ridert wenigstens das zugegeben hat, daß in einzelnen Fällen der Ton der „Provincial-Correspondenz“ gegenüber einzelnen Parteien nicht der richtige gewesen ist. Die „Provincial-Correspondenz“ ist sogar soweit gegangen, zu behaupten, daß die Fortschrittspartei durch ihre Forderungen und Wählereien den Socialdemokraten die Wege geebnet und ihnen goldene Brücken gebaut habe und daß die Nationalliberalen, welche in Berlin für die Abgeordneten der Fortschrittspartei zu stimmen erklärt hätten, sich eigentlich desselben Verbrechens schuldig gemacht haben. Das soll ein eigenthümliches Licht werfen auf unsere Verhältnisse und unsere Bereitwilligkeit zum Kampfe gegen die Socialdemokratie. Die nationalliberale Partei hat durch Thatsachen bekundet, daß es ihr mit ihren Verbindungen bei den Wahlen vollständig ernst war, wenn sie sich auch nicht dazu verpflichten wollte, Alles mitzumachen, was die Regierung für notwendig hält. Auch in Zukunft wird die nationalliberale Partei ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben. Ist es denn schon so lange her, daß man es nicht für ein Verbrechen erklärt hat, für die Fortschrittspartei zu stimmen? Noch vor wenigen Jahren haben Männer, die wir am Ministerische gesehen haben, in Berlin als Wahlmänner für die Candidaten der Fortschrittspartei gestimmt. (Sehr richtig.) Auch der Vorgänger des Ministers des Innern hat, als Wahlmann, für Alth oder ein anderes Mitglied der Fortschrittspartei seine Stimme abgegeben. Aus Gründen der politischen Tactik haben wir die Wahl von sechs fortschrittlichen Abgeordneten in Berlin unterstützt. Soll wir einmal ein Verbrechen sein, was damals Recht war? Ich hielt es für eine ernste Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß nicht unter diejenigen Parteien, die eigentlich die Pflicht gehabt hätten, gegen die Socialdemokratie zu kämpfen, Streit und Zwietracht gefäet und dadurch ihre Position geschwächt würde. Durch diesen Haber wurde die Fortschrittspartei gegenüber der Socialdemokratie geschwächt.

Ich bedauere aufrichtig, daß der Minister des Innern den Artikel „Absichten und Wünsche der Regierung“ hier in vollem Maße vertreten hat und ich hoffe noch, daß der Minister im Laufe der Zeit den Standpunkt, den er damit eingenommen hat, nicht aufrecht erhalten wird. Wenn das System, welches diese Artikel einführt, wirklich bei dem Wahlkampf zur Anerkennung käme, das würde eine heillose Verwirrung geben. (Sehr richtig.) Dann wird die Wahl nichts als Markt, wo der Eine den Andern überbietet. Ich habe schon neulich den Herren am Ministerische zugerufen, die Autorität und Würde der Regierung auf das Allerniedrigste zu wahren und erklärt, daß es uns eine Leinigkeit wäre, mit einer Wahlkreise 200 Millionen Mark mehr zu verpfänden, als dieser Artikel verpfänden hat. Der Minister sagt, der Artikel sei durchaus mäßig. Ja, in der Form, aber darauf kommt es hier nicht an, der Artikel wiegt — der Finanzminister mag mich corrigiren — 200 Millionen Mark indirecter Steuern; 10 Millionen will ich herunterlassen, dann sind es 190 Millionen Mark. Wenn die Verpfändungen in mäßiger Weise gehalten werden, wenn alle die Dinge eingeführt werden sollen, Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, Reform der classificirten und Klassensteuer, der Gewerbesteuer, Durchführung des Unterrichtsgesetzes, dann kommen Sie auf eine andere Summe, wie 190 bis 200 Millionen Mark, und in einem Moment, wo, wie der Abg. Hänel ganz richtig sagt, alle diese Fragen in der ersten Vorbereitung sind, wo die Regierung noch keine Berechtigung hat, zu erklären, daß sie auch nur 100

Millionen Mark aufbringen kann. Selbst mit den hohen Erträgen des Tabaks ist es schon stiller geworden.

Die „Prob.-Corr.“ hat nur den Tabak genannt, aber nicht gesagt, woher sonst die 100 Millionen genommen werden sollen. Ich würde es nicht verantworten können, mit derartigen Versprechungen vor meine Wähler zu treten, und es liegt auch im Interesse der Regierung, mit solchen Artikeln vorsichtig zu sein. Haben Sie es nicht erlebt, daß der Finanzminister auf meine Frage wegen Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Commune keine klare und deutliche Antwort geben konnte? War es nicht, als ob das Programm in diesem Punkte bereits modificirt sei? Dieser Artikel der „Prob.-Corr.“ ist unerbötlich in der Geschichte der Wahlact; niemals ist die Regierung so weit gegangen. Und zu welchen Widerprüchen ist sie dabei gekommen? 200 Millionen neuer Steuern sollen nicht gebraucht werden, wie viel man braucht, wird nicht gesagt. Einmal wird die Nothwendigkeit von Steuererhöhungen bestritten, dann sollen die neuen Steuern die unermesslich sich steigenden Staatsausgaben decken. Ich bitte deshalb den Minister dringend, diese Wahlact nicht aufrecht zu erhalten; sonst bleibt uns nichts übrig, als Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Daraus wird eine heillose Verwirrung entstehen, aus welcher die Regierung nicht als Siegerin hervorgehen wird; sondern die Autorität der Regierung wird durch solche unerfüllbare Versprechungen schwer erschüttert werden.

Abg. Windthorst (Meppen): Man übertreibt die Bedeutung der „Prob.-Corr.“, wenn man aus Anlaß eines Artikels derselben, wie Vorredner, das gesamte Wirtschaftsprüfung-Programm der Regierung kritisiert. Man kann das nur thun, wenn die Minister uns hier officiell ihre Absichten darlegen. Die Verfasser der „Prob.-Corr.“ sind dazu nicht fähig, sie vertreten die Regierung als Partei im Kampfe gegen andere Parteien und stiften dadurch mehr Verwirrung als Aufklärung. In Bezug auf alle Artikel des genannten Organs hat der Minister eine Erklärung gegeben, nicht aber für den vom Abg. von Schorlemer getadelten. Ich glaube nicht, daß er ihn billigt, er scheint mir einen anderen Verfasser zu haben, von einem anderen Minister in die Correspondenz ohne Vorwissen des Ministers gebracht zu sein. Ein solches officiell Organ müßte aber einseitlich naturgemäß vom Ministerpräsidenten, der die Gesamtregierung in sich vereinigt, geleitet werden. In dem vom Abg. von Schorlemer beregten Artikel finden sich bestigliche Invektiven gegen mich. Wenn die Hintermänner dieses Artikels mir von Gesicht zu Gesicht hier entgegengetreten, dann werde ich ihnen ebenförmig wie 1872 die Antwort schuldig bleiben; so lange sie sich unter dem Demantel der Anonymität verbergen, verhandelte ich überhaupt nicht mit ihnen. Ich habe nicht die Zeit und die Kraft, auf alle gegen mich in der officiellen, officiösen und Parteipresse gerichteten Angriffe zu erwidern, mir stehen nicht wie gewissen Leuten die Mittel für ein Schreiberheer und die Staatsanwaltschaft zur Verfügung.

Ich sage das nur, damit man aus meinem Schweigen keine falschen Schlüsse zieht. Dreißigjährige Erfahrung hat mich gelehrt, daß solche Angriffe mir schließlich sehr nützen, ich halte es aber für unwürdig, daß sich Regierungsorgane dazu hergeben. Wenn es aber gewissen Personen Bedürfnis ist, dann mögen sie es immerhin thun, vor Klagenanträgen meinerseits sind sie sicher. Auch die Angriffe auf meine Partei werden das Gegentheil des beabsichtigten Zweckes bewirken. Wenn man uns vorwirft, bei der Herstellung des kirchlichen Friedens störend zu wirken, so werde ich diesen Vorwurf an anderer Stelle ausführlich widerlegen. Unsere Wähler sind vollständig überzeugt, daß wir mit allen Kräften dieses Ziel anstreben. Durch Verbreitung, daß man diesbezügliche Verhandlungen treibe, erreicht man irgend welches Resultat nicht; da müssen für eine solche Absicht erst andere Beweise wie jetzt vorliegen. Durch die erhobene Beschuldigung gegen meine Partei beweist man nur, daß man den kirchlichen Frieden nicht will und nach einem Vorwand sucht, um ein solches Vorgehen zu rechtfertigen.

Der Minister des Innern verzichtet auf eine Erklärung über die Ausführungen des Abg. Windthorst, die den letzteren doch zu einer Aenderung seines Votums nicht bestimmen würde, ebenso wie auf eine nähere Darlegung der gemeinsamen Steuer- und Wirtschaftsreform. Er erklärt, daß es der Regierung ganz fern gelegen habe, in den Artikeln der „Prob.-Corr.“ durch möglichst viele Versprechungen die Wähler für sich gewinnen zu wollen. Im Laufe des durch die Auflösung des Reichstags hervorgerufenen Wahlkampfes sei die Regierung von allen Seiten über ihre Ansicht bezüglich der dem Reichstage vorzulegenden Fragen berichtet worden, und die Antwort auf diese Anfragen enthielten jene Artikel. Man habe den Leuten nicht goldene Berge versprochen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Die Artikel enthalten nur die allgemeinen Pläne und Bestrebungen der Regierung, und seien ausgeprochen worden mit der bewußten Absicht, dieselben auch auszuführen. Er weise daher den Vorwurf des Abg. Ridert Namens des gesamten Staatsministeriums zurück.

Abg. Ridert: Wenn die Regierung noch jetzt die Absicht hat, das Programm der „Prob.-Corr.“ auszuführen, so bitte ich uns in concreto mitzutheilen, wie dies ohne einen Mehrbedarf von etwa 200 Millionen möglich sein soll. In Bezug auf die Ueberlassung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden besteht jedenfalls ein Widerspruch zwischen den Artikeln der „Prob.-Corr.“ und der Erklärung des Finanzministers in der Generaldebatte über das Budget, wie ich mittelst des topographischen Berichts nachweisen werde.

Finanzminister Sobrecht: Ich habe nicht gesagt, daß ich das von der „Provincial-Correspondenz“ aufgestellte Programm nicht mehr für richtig halte, sondern nur, daß jene Artikel die Antwort auf Angriffe gegen die Regierung und auf Anfragen an dieselben enthielten. Wenn die Regierung Wahlpolitik treiben wollte, so wäre es viel vortheilhafter für sie gewesen, diese Antwort hinauszuschieben. Meine Erklärung über die Grund- und Gebäudesteuer ging dahin, daß man ein detaillirtes Programm über Reform der indirecten Steuern nur als Furcht einer gesetzgeberischen Thätigkeit und erst dann aufstellen könne, wenn man wisse, daß man die nöthigen Mittel dazu habe, und dabei nannte ich eine Menge Fragen, die vorher erst zu erledigen seien, darunter auch die, ob der Ueberlassung jener Steuern an die Gemeinden eine Zweckbestimmung beizufügen; dabei jagte ich aber nicht, daß der Unterdispositio durch Ueberlassung der Steuern an die Gemeinden aus dem Staatsbudget verschwinden sollte.

Die Debatte wird hiermit geschlossen. Abg. v. Schorlemer-Alst erklärt, daß er nunmehr, nachdem der Minister die Abgabe einer Erklärung auf die Windthorst'schen Ausführungen abgelehnt habe, eine ausdrückliche Abstimmung über den geheimen Fond verlange.

Der Dispositionsfond von 93,000 Mark wird hierauf (gegen die Stimmen des Centrums und der Fortschrittspartei) bewilligt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Etat des Ministeriums des Innern.)

Berlin, 6. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat dem beim Reichs-Eisenbahn-Amt angestellten Geheimen Registrator Koch den Charakter als Canlei-Rath verliehen.

[Grenzulage.] Auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 2. Juni 1878, betreffend die Gewährung einer Grenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71, bestimme ich: In Bezug auf die Berechtigung zum Empfang der Grenzulage werden dem preussischen Militär-Grenzzeichen zweiter Klasse die nachstehenden militärischen Dienstauszeichnungen gleichgeachtet: a. Auszeichnungen, welche in einem der seit 1866 mit Preußen verbundenen Landesheile vor der Vereinigung verliehen worden sind: 1) das vom kaiserlichen Königreich Hannover verliehene Allgemeine Grenzzeichen mit der Aufschrift: „Kriegerverdienst“, insofern dasselbe für Tapferkeit im Kriege verliehen worden ist; 2) das im vormaligen Kurfürstenthum Hessen verliehene Militär-Verdienstkreuz (das Silber). b. Auszeichnungen, welche in einem der Bundesstaaten außer Preußen vor dem Kriege 1870/71 verliehen worden sind: 3) das königlich bayerische Militär-Verdienstkreuz; 4) die königlich bayerische silberne und goldene Militär-Verdienst-Medaille; 5) die königlich sächsische silberne und goldene Militär-Verdienst-Medaille des Militär-St. Heinrichs-Ordens; 6) die königlich württembergische silberne Militär-Verdienst-Medaille; 7) die großherzoglich badische Verdienst-Medaille am Bande der militärischen Carl-Friedrich-Verdienst-Medaille; 8) das großherzoglich heßische silberne Kreuz des Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen; 9) die großherzoglich heßische goldene Verdienst-Medaille des Ludwigs-Ordens mit der Aufschrift: „Für Tapferkeit“; 10) das mit dem großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienst-Orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig verbundene Allgemeine Grenzzeichen mit gekrönten Schwertern; 11) das mit dem Herzoglich braunschweigischen Orden Heinrichs des Löwen gekrönte Verdienstkreuz 1. und 2. Klasse, insofern dasselbe für Tapferkeit im Kriege verliehen ist; 12) die dem Herzoglich sachsen-erzstiftischen Hausordens affiliirten Grenzzeichen: das Verdienstkreuz, die Verdienst-Medaille in Silber und die Verdienstmedaille in Gold, insofern dieselben für Tapferkeit im Kriege verliehen sind. Potsdam, den 19. November 1878. Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs: Friedrich Wilhelm, Kronprinz. In Vertretung des Reichskanzlers: Hofmann v. Kamela.

© Berlin, 6. Dec. [Zum Einzuge des Kaisers. — Die Wiederaufnahme der Regierung durch den Kaiser. —

Bundesrathssitzung.] Officiell wird geschrieben: Die gestrige Feier hat in allen politischen Kreisen einen sehr bedeutenden und erhebenden Eindruck gemacht; der Kaiser selbst hat sich wiederholt dahin geäußert, daß die Großartigkeit dieser Kundgebung ihn überrascht und tief ergriffen habe. Der Kaiser hatte bis zum letzten Augenblick den Wunsch wiederholt, die Manifestation, welche er nicht ganz abweisen wollte und konnte, in den einfachsten Grenzen verbleiben zu sehen, und noch in den letzten Tagen waren Befehle eingetroffen, die Vorkehrungen einzuschränken. Der Polizei-Präsident vermochte jedoch den Allerhöchsten Wünschen nicht Geltung zu verschaffen, ohne die Gefühle der Bürgerschaft zu kränken, und darauf bezogen sich die Worte des Kaisers an den Oberbürgermeister, daß der Empfang nicht nur seine Erwartungen, sondern auch seine wiederholt ausgesprochenen Wünsche weit übertreffen zu wollen scheine. Was nun der Kundgebung vor Allem den erfreulichen Charakter verliehen hat, war die Einmüthigkeit, welche in der Stunde des Einzugs sowohl wie während der Illumination nicht ein einziges Mal gestört wurde. Bekanntlich war vielfach die Befürchtung laut geworden, der Erlaß der jüngsten strengen Maßregel werde nicht nur die freudige Stimmung trüben, sondern selbst zu Ausbrüchen der Rohheit führen. Umförmlich fällt der freudige und ruhige Verlauf des ganzen Festtages ins Gewicht. — Wir meldeten vorgestern, daß die Allerhöchsten Erlasse wegen Wiederübernahme der Regierung auf Grund allseitiger vorheriger Verständigung bereit gehalten wurden. In der That hatte der Kaiser schon vor 14 Tagen von Wiesbaden aus den Willen zu erkennen gegeben, am Tage der Rückkehr nach Berlin die Regierung gleichzeitig zu übernehmen. Demzufolge waren die erforderlichen Erlasse im Einverständnis zwischen dem Kronprinzen und dem Staatsministerium entworfen und dem Kaiser im Voraus vorgelegt worden und dann auf Grund der vom Kaiser getroffenen Bestimmungen definitiv festgesetzt. Daß der Kaiser die Regierung in ihrem ganzen Umfange wieder übernehmen würde, haben wir f. Z. gemeldet und ausreicht erhalten, eine Theilung der Geschäfte war schon vor längerer Zeit als unausführbar erkannt worden. — Heute um 2 Uhr hat eine Plenarsitzung des Bundesraths stattgefunden; auf der Tagesordnung stand u. A. der Bericht der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches über die Lage ihrer Arbeiten.

— Berlin, 6. Dec. [Der Kaiser über den ihm bereiteten Empfang. — Besichtigung der Festveranstaltungen durch den Kronprinzen.] Der Kaiser hat sich, wie wir erfahren, in überaus anerkennenswerther Weise befriedigt über die Empfangsfeierlichkeiten der Residenz und über die würdevolle Haltung der Bevölkerung ausgesprochen. Ueber die letztere ist nur eine Stimme der höchsten Anerkennung zu hören; nicht die geringste Störung warf einen Schatten auf die allgemeine Festesfreude des gestrigen Tages. Die Polizei hielt sich an allen Plätzen und Straßen, in denen eine besonders große Menschen-Ansammlung stattfand, fast ganz zurück und überließ es sehr geschickt dem eigenen Tactgefühl des Publicums, die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Heute Vormittag durchwanderte der Kronprinz zu Fuß ohne jede Begleitung die Straßen, um die Festveranstaltungen unter den Linden, in der Friedrichstadt, vor dem Potsdamer und Hallschen Thore in Augenschein zu nehmen.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Das Verbot der im Verlage von W. Brack in Braunschweig erschienenen Druckschrift: Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit, von Guard Sad, 1874, wird auf die im laufenden Jahre erscheinende zweite Auflage dieser Druckschrift ausgedehnt. — Verboden wird ferner die Druckschrift: Enttüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's. Auf Grund authentischer Belege dargestellt von Bernhard Beder, dem testamentarischen Nachfolger Lassalle's. Schleis, Verlag der Hübner'schen Buchhandlung (Hugo Hehn). 1868.

[Marine.] S. M. Dampfskanonenboot „Wolf“, 4 Geschütze, Commandant Capit.-Lieut. Veds, hat am 4. d. Mts. von Malta nach China die Reise fortgesetzt.

[Marine.] S. M. gedechte Corvette „Leipzig“, 12 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Paschen, ist am 3. October c. von Yokohama in See gegangen, anerte am 5. desselben Monats vor Kobe, setzte am 13. die Reise fort und traf am 15. October in Nagasaki ein. — S. M. Kanonenboot „Cyclus“, 4 Geschütze, Commandant Capit.-Lieutenant v. Schumann I, hat am 1. October c. die Rhede von Chefoo verlassen und anerte am 7. dess. Mts. im Hafen von Nagasaki.

Königsberg i. Pr., 6. Decbr. [Ovation.] Anlässlich des Einzugs Sr. Majestät des Kaisers in Berlin fand gestern im hiesigen Stadttheater eine Ovation statt. Auf der Brüstung der königlichen Loge war die bekränzte Büste Sr. Majestät aufgestellt. Vor dem Beginn der Oper intonirte das Orchester die Volkshymne, welche das Publikum stehend anhörete.

Hannover, 25. Novbr. [Beamten-Verein.] Unter dem Vorhise des Herrn Oberpräsidenten von Leipziger tagte hierorts am Conabend eine Delegirten-Versammlung der Local-Comite's des preussischen Beamten-Vereins, zu welcher Delegirte aus Straßburg i. E., Köln, Bromberg, Berlin, Hamburg, Altona, Magdeburg, Wilhelmshafen, Kassel, Halle, Halberstadt, Quedlinburg, Schönebeck, Obersieben, Neubalsleben und Hannover erschienen waren. Ueber die gepflogenen Verhandlungen berichtet die „N. S. Z.“: Die ersten Resultate der Wirksamkeit der einzelnen Local-Comite's, welche nur in den Provinzial-Hauptstädten oder größeren Orten sich constituirt hatten, ließ bei dem Verwaltungsrathe die Organisation ähnlicher Comite's auch in den kleineren Städten, in welchen der Beamtenstand vertreten ist, wünschenswerth erscheinen, und es bezogen sich die zu verhandelnden Punkte der Tagesordnung zum größten Theile auf diese Angelegenheit, deren Nothwendigkeit ebenso wie deren Ersprißlichkeit allgemein anerkannt wurde, so daß die eingehenden Debatten sich lediglich um die Art und Weise der Organisation bewegten. Beschlossen wurde, daß die externen Organe des Beamten-Vereins sich von nun an in Bezirks- und Orts-Comite's scheiden sollen, sowie daß die bisher in Berlin, Bromberg, Kassel, Köln, Halle, Hamburg-Altona, Hannover, Magdeburg, Potsdam, Straßburg i. E. und Wilhelmshafen bestehenden Local-Comite's als Bezirks-Comite's anerkannt werden; die ferner zu begründenden Bezirks-Comite's jedoch ihren Sitz in einer Regierungs-Hauptstadt oder in einer anderen bedeutenden Stadt ihres Geschäftskreises haben sollen, und zwar nach Wahl und Bestimmung des Directoriums des Beamten-Vereins. Mit der Organisation oder Constituierung von Orts-Comite's in denjenigen Städten, die durch die Zahl der dort oder in der Umgebung wohnenden Beamten, oder durch das Interesse, welches sich bereits für den Beamten-Verein gezeigt hat, besonders geeignet erscheinen, haben sich die Bezirks-Comite's zu befassen, ohne daß, wie ausdrücklich bestimmt und hervorgehoben wurde, diese Orts-Comite's in irgend welche Abhängigkeit zu den Bezirks-Comite's gerathen, diesen vielmehr vollständig coordinirt bleiben. Jedes Comite, dessen Mitglieder nicht nothwendig Weise Mitglieder des Beamten-Vereins zu sein brauchen, hat im Falle des Bedürfnisses über die Zahl und Personen seiner Mitglieder selbstständig zu beschließen, wobei darauf zu sehen ist, daß möglichst alle im Bereiche des Comite's wohnende Beamten-Klassen, und zwar höhere wie niedere, besonders aber diejenigen vertreten sind, deren Zahl eine vorwiegende ist. Die Delegirten-Versammlung ernannte ferner eine Commission von fünf Mitgliedern, welche mit der Ausarbeitung eines Normalsatuts für die Comite's baldmöglichst vorgehen wird, um solches dem Verwaltungsrathe zur Feststellung im Einverständnis mit dem Directorium vorzulegen. Zu Mitgliedern dieser Commission wurden gewählt: Regierungsrath Hochheimer zu Halle a. E., Stadtrath Heyne zu Magdeburg, Regierungsrath Klobbe zu Kassel, Regierungsrath Böckler und Stadtschreiber Dr. Hiesels. Die Comite's bleiben berechtigt, besondere Einrichtungen, in so weit solche dem Normalsatut nicht entgegenstehen, für sich selbstständig statutarisch zu regeln. — Zur Zeit der ordentlichen Generalversammlungen des Beamten-Vereins findet nach Bedürfnis eine Verammlung der Delegirten des Bezirks-Comite's statt, in welcher deren Erfahrungen ausgetauscht und über weiter zu ergreifende Maßregeln Beschlüsse gefaßt werden. — Der organisatorische Ausbau des für die Beamten, Geistlichen und Lehrer höchst bedeutsamen und beachtenswerthen preussischen Beamten-Vereins war allerdings bisher noch sehr lückenhaft und hierin ist ohne



Zweifel die Erklärung dafür zu finden, daß derselbe auch hier fast noch gar nicht bekannt und durch ein Local-Comité vertreten ist. Es muß deshalb mit Freuden begrüßt werden, daß die vermaltenen Organe des Vereins unter Benutzung der Erfahrungen der bis jetzt thätig gewesenen Local-Comités Hand anlegen, durch organisierte Agitation dem Verein in allen Theilen des preussischen und deutschen Vaterlandes Boden zu gewinnen, auf dem er seine Thätigkeit entfalten kann. Hoffen wir, daß auch hier und in der Umgebung sich Local-Comités bilden werden, welche die in ihren Wirkungen gegenständlichen Bestrebungen des Vereins auch den hiesigen Beamten, Geistlichen und Lehrern zur leichteren Theilnehmung zugänglich machen."

**Dresden, 6. Decbr.** [Dankgebet.] Aus Anlaß der Wieder-  
genesung des Deutschen Reichs hat das evangelisch-lutherische Landes-  
Consistorium für nächsten Sonntag in allen Kirchen Sachsens ein be-  
sonderes Dankgebet angeordnet.

### Frankreich.

**Paris, 4. Decbr.** [Aus der Deputirtenkammer. —  
Schluß der Budgetdiscussion. — Zur Lyoner Affaire.  
— Zu den Senatswahlen. — Congreß der katholischen  
Vereine in Lille. — Aus der Antiken-Sammlung des  
Louvre.] Die Kammer hat gestern noch die letzte von der Budget-  
Commission beantragte Steuerreform angenommen, d. h. sie hat die  
Steuer auf Pfannöle ermäßigt in der Art, daß dieselben in einigen  
Jahren ganz aufgehoben sein wird. Es kam dabei zu einer längeren  
Debatte, die namentlich durch die Bonapartisten veranlaßt war. Diese  
wollten offenbar die Budgetdiscussion nicht zum Schluß kommen lassen,  
ohne abermals ihre Sorgfalt für das Wohl der großen Menge zu be-  
kunden und so hielt denn Häntjens eine lange Rede, worin er aus-  
sagte, daß auch die Mineralöle, die ja hauptsächlich von der  
ärmeren Bevölkerung benutzt werden, ebenfalls von den auf ihnen  
lastenden Abgaben befreit werden müßten. Von Seiten der Budget-  
commission wurde erwidert, daß die Mineralöle nur eine ganz geringe  
innere Abgabe zahlen, welche dem Staate nicht mehr als 150,000 Fr.  
einträgt. Allerdings zahlen sie einen Eingangszoll, der ungefähr 23 Mill.  
abwirft, aber die Befreiung desselben kann nicht von der Budget-  
commission, sondern nur von dem Tarif-Ausschuß bewirkt werden.  
Rouher am seinem Gefinnungsgegnern Häntjens zu Hilfe. Er erklärte  
an, daß die Angelegenheit vor die Tarifcommission gehöre; er meinte  
aber, daß sie wohl die Aufmerksamkeit auch der Budgetcommission ver-  
diene. Bei Beginn der Sitzung war die Wahl Jérôme David's  
(Gironde-Departement) ohne Discussion für gültig erklärt worden. Es  
sind noch 5 Deputirte in der Kammer, die seit dem 14. Decbr. v. J.  
der Validirung harren: Decazes, Baron Reille, Malartre, Abbateucci  
und Gavini. — Die Affaire von Lyon ist gestern in den Couloirs  
von Versailles aufs Lebhafteste besprochen worden. Die Deputirten  
von Lyon werden sich heute zu dem Unterrichtsminister begeben, um  
die Bestrafung des Rectors Daresse zu verlangen. Wenn ihnen nicht  
sofort Genugthuung gegeben wird, wollen sie die Sache auf die  
Tribüne bringen. Die Blätter sind ebenfalls voll von dem Lyoner  
Vorfall. Die „République“ verlangt in einem geharnischten Leitartikel  
die Absetzung des Rectors. Derselbe hat, obgleich selber Mitglied der  
Staatsuniversität, aus seiner Vorliebe für die katholische Universität so  
wenig Hehl gemacht, daß er eine große Zahl von Studenten der cle-  
ricalen Facultäten zu der Staats-Universitätsfeier zuließ, von welcher  
er die Studenten der Staatsuniversität ausschloß. Man sagt, daß  
Herr Daresse in seinem Beginnen von den Decanen der drei Staats-  
Facultäten aufgemuntert wurde. Von diesen dreien ist der eine der  
Decan der theologischen Facultät in seiner Rolle. Einer der Andern  
ist der bekannte Professor Heinrich, ein Mitarbeiter des „Français“,  
dessen Haltung in dieser Angelegenheit also auch Niemanden verwun-  
dern kann. — Genau in einem Monat werden die Senatswahlen  
vollzogen werden. Der „Rappel“ theilt mit, wie weit die Vorbereit-  
ungen für den Wahlkampf gediehen sind. Unter 31 Departements,  
die eine neue Vertretung in den Senat zu wählen haben (mit Ein-  
schluß von Martinique und Constantine) haben nur 4 noch keinen  
republikanischen Candidaten, die Haute-Garonne, der Gers, die  
Loire-inf. und die Dife. Aber in den nächsten Tagen werden sich  
die Delegirten versammeln, um die Candidaten zu bezeichnen.  
Die Reactionäre sind noch nicht so weit vorgeschritten. In  
7 Departements, so in der Sère, Zura und Loire haben  
sie keinen Candidaten gefunden und werden aller Wahr-  
scheinlichkeit nach keinen aufstellen, in 2 anderen, im Gers und der  
Dife, haben sie noch keine Wahl getroffen, in 3 Departements end-  
lich haben sie zu viel Candidaten, indem die Vertreter mehrerer re-  
actionärer Parteien neben einander auftreten. Die Republikaner be-  
währen wieder ihre alte Disciplin und ihre Candidaten haben nir-  
gends im eigenen Lager einen Nebenbuhler gefunden, mit Ausnahme  
von Martinique und Constantine, wo die Abwesenheit jeder reactio-  
nären Candidatur die Aufstellung einer republikanischen Doppeltan-  
datur gestattete. — Die katholischen Vereine haben wieder einen ihrer  
Congresse in Lille gehalten. Der unvermeidliche Chesnelong ist dabei  
wieder als Redner aufgetreten. — Die Antiken-Sammlung des Louvre  
ist durch eine sehr schöne bei Vienne aufgefundenen Statue bereichert  
worden. Dieselbe stellt eine Venus in niedrigerer Stellung dar,  
auf deren Rücken eine kleine Marmorhand andeutet, daß sie ehemals  
einen Amor trug, den man nicht wieder aufgefunden hat. Außer-  
dem fehlen der Göttin unglücklicherweise beide Hände und der Kopf.  
Im Uebrigen ist der Marmor vortreflich erhalten.

### Spanien.

**Madrid, 1. Decbr.** [Die Regierung und die religiöse  
Duldung.] Als vor zwei Jahren, schreibt man der „R. Z.“, in  
den Cortes heisse Kämpfe über den Artikel 11 der Verfassung geführt  
wurden, unterließen es die Constitutionellen nicht, wiederholt darauf  
hinzuwiesen, daß durch die große Dehnbarkeit desselben eines Tages  
der Willkür und der Verfolgung Thür und Thor geöffnet werden  
könne. Von Seiten der Regierung wurde damals behauptet, daß der  
Paragraph über religiöse Duldung gar nicht besser abgefaßt sein  
könne, und diese Anschauung mußte in Folge der eigenthümlichen Zu-  
sammensetzung der Kammern die Oberhand gewinnen. Seitdem nun  
die Verfassung proclamirt wurde, hat sich die ultramontane Partei  
fast gar nicht mehr an den Verhandlungen betheiligt. Sie schien mit  
Allen, selbst mit den gefinnungsverwandten Moderados, ernstlich über-  
worfen zu sein. Um so mehr wurde man allgemein überrascht, als  
nach der jüngsten Rede Moyano's eine förmliche und öffentliche Aus-  
söhnung stattfand. Claudio Moyano besitzt so große Eigenschaften,  
daß selbst seine politischen Gegner nur mit Ehrfurcht von ihm reden,  
was in Spanien gewiß sehr selten ist. Er hat in seiner langen poli-  
tischen Laufbahn niemals die Farbe gewechselt, niemals das geringste  
Zugeständniß gemacht und ist allgemein als ein rechtshafter Mann  
bekannt und geschätzt. Vom Marquis v. Sardeña kürzlich wegen des  
Verdicts interpellirt, die Moderados acceptirten die religiöse Duldung,  
wie sie die Verfassung gewährt, gab er in der Kammer Erklärungen ab,  
die die jetzigen Zustände dieses Landes und in einem Augenblicke  
so von vielen Seiten ein Wechsel in der obersten Staatsleitung für  
nothwendig und wahrscheinlich gehalten wird, von Wichtigkeit sind. Die  
Partei der Moderados, sagte er unter Andern, hat die reli-  
giöse Duldung nicht acceptirt und acceptirt sie auch heute  
nicht; sie denkt genau wie in der Nacht, als sie Kenntniß von der

Wiederherstellung der Monarchie erhielt. Damals glaubte sie, daß  
dieselbe amtliche Zeitung, welche die Namen der ersten Minister der  
Restoration brachte, auch ein Decret über die Wiederherstellung der  
religiösen Einheit enthalten würde. Diese Maßregel mußte ergriffen  
werden, als noch keine Verfassung bestand, als noch kein Artikel 11  
vorhanden war. Wir glaubten, daß durch ein königliches Decret  
die katholische Einheit hätte wieder eingeführt werden sollen; wir  
glaubten, wenn man damals diese Maßregel gleich ergriffen hätte, so  
würde das viele Blut, was seitdem in Spanien geflossen ist, erspart  
worden sein. „Was würde die constitutionelle Partei thun, wenn ihr  
die Macht ziele? Den Artikel 11 so freisinnig wie nur möglich, bis  
zur Religionsfreiheit, deuten. Was würde die Partei der Moderados  
in einem gleichen Falle thun? Dieselbe würde sich nicht mit  
großer oder geringer Dehnbarkeit des Artikels 11 befassen; sie  
würde sich nicht damit zufrieden geben, denselben beschränkt  
auszulegen, denn sie hat den unerschütterlichen Vorsatz —  
hören Sie es wohl —, den Cortes die Wiederherstellung der  
katholischen Einheit vorzuschlagen. Habe ich mich deutlich  
genug ausgedrückt? Wenn eine Krisis kommen wird, und sie muß  
kommen, denn diese Regierung kann sich nicht verewigen, so weiß  
man schon im voraus, wie wir denken. Wenn die Moderados, stets  
verfassungsmäßig, jene Bänke besetzen werden, so nehmen sie alle ihre  
Prinzipien mit und wenn das ein Hinderniß sein sollte, daß uns  
Se. Majestät die Leitung der Geschäfte übergibt, so gehen wir eben  
ruhig nach Hause.“ Diese Worte konnten nicht verfehlen, im Hause  
und im ganzen Lande den tiefsten Eindruck zu machen, die Mo-  
derados haben thatsächlich nichts gelernt und nichts vergessen.  
Sie hatten mehr Aussehen als irgend eine andere Partei,  
die Erbschaft des Herrn Canovas anzutreten, denn die wieder-  
holten Attentate gegen regierende Fürsten sind den Bestrebungen der  
spanischen Liberalen gerade nicht förderlich gewesen. Nach diesen Er-  
klärungen blieb ihnen nichts übrig, als den Ultramontanen die Hand  
zu reichen, was denn auch öffentlich geschehen ist. Der Herr Perez  
Gernandez hat im Namen seiner Partei bald nach Moyano's Rede  
erklärt, daß sie ein aus Moderados gebildetes Ministerium, das solchen  
Prinzipien huldige, nach allen Richtungen hin unterstützen würden,  
und der päpstliche Nuntius Mr. Cattani stattete dem Redner einen  
Befuch ab, um ihm der Curie Dank auszusprechen.

### Provinzial-Beitung.

**Breslau, 7. Decbr.** [Personalien.] Bestätigt: die Wahlen des  
Gutspähter Morbs aus Ober-Niemaden, Kreis Hybmit, zum Bürgermeister  
der Stadt Rastow und des Rechtsanwalts Feig in Cosel zum Rathmann.  
Die Wiederwahlen der bisherigen Rathmänner, Buchdruckereibesitzer Jaskke  
und Kaufmann Greinert zu Rosenberg, sowie Kaufmann Wöler zu Sobraw  
und die Vocation des evangelischen Lehrers Jilow zu Schmardt, Kreis  
Greusburg.  
— s. [Vom hiesigen Seminar.] Nach alter Sitte fand auch in  
diesem Jahre eine Musikaufführung vor einem geladenen Publikum statt.  
Dieselbe besuchten auch die Herren Provinzial-Schulrath Dr. Slavitsky,  
stellvertretender Regierungsrath Dr. Pollok und Oberpräsidialrath Löwen-  
berg. Angemessen den Hauptzweck, der solchen Aufführungen zu Grunde  
liegt, zur Anschauung zu bringen, in welcher Weise die edle Kunst vom  
Seminar gepflegt wird und bis zu welcher Vollendung sie daselbst ge-  
diehen, war das Programm aufgestellt worden. Ist es hierin einerseits  
schon schwierig, Piesen ausfindig zu machen, entsprechend der Lei-  
stungsfähigkeit der Zöglinge, so muß andererseits dabei berücksichtigt  
werden, einen Total-Eindruck der musikalischen Ausbildung am Se-  
minar zurückzulassen, wobei nicht vergessen werden darf, die Zuhörer  
durch das Vorzutragende zu interessieren und in Wahrheit zu erfreuen. Die  
Führung dieser Schwierigkeiten mit Leichtigkeit darf bei der bekannten Meister-  
schaft des Herrn Musikdirector Nothe nicht in Verwunderung verfallen. —  
Genauigkeit im Einfaß, große Eiderkeit, eine wohlbedachte, eine nicht mecha-  
nische, sondern vom eigenen Gefühl der Zöglinge getragene Durchführung,  
und trotz des so niedrigen, für musikalische Zwecke so wenig geeigneten  
Raumes — keine Detonation, das charakteristische sämmtliche Piesen. Die  
Pfeile der kirchlichen Musik fand ihren Ausdruck in Compositionen für Orgel  
von M. Proßig und A. Hesse. Des letzteren Fantasie „4. 4. 5.“ sprach ganz  
besonders an. Die Motette von „Mastioletti“ — „Terribilis est locus iste“,  
wie die herrlichen Psalmen von „Meißner: Auf! singt Jehova ein Lied“,  
und „W. Bach: Jauchet dem Herrn alle Welt“, gaben den besten Beweis,  
auf welcher Höhe dieser Zweig der edlen Kunst sich befindet. Neben guten  
Leistungen mannigfacher Art im 2. Theil — moderner Musik huldigend —  
verliehe der Vortrag der Fantasie aus „Lucia di Lammermoor“ f. Piano-  
von Fr. Liszt — aus dem Kopf gespielt — die Zuhörer in große  
Bewunderung; und zwar um so mehr, als derselbe Zögling be-  
reits auf der Violine in Variationen von Jul. Weis, ebenfalls ohne Blatt  
zu Gehör gebracht, dieselbe außerordentliche musikalische Befähigung dar-  
gethan. Erwägt man, daß derselbe auch eine sehr umfangreiche, gute  
Stimme zu Gebote steht, so dürfen solche Leistungen in der That zu frohen  
Hoffnungen für die Zukunft berechtigen. Große Erfolge wurden bezüglichen  
in der Instrumentalmusik, mit großer Umsicht auf das Quartett beschränkt,  
erzielt. Die Durchführung eines sehr anmutigen Quartettstückes aus „den  
sieben Worten von J. Haydn“, des so padend wirkenden „Menuetts für  
Streich-Quintett von Voderino“ und der Duettüre zu „Zigaro's Hochzeit“  
waren hervorragende Leistungen der Zöglinge. Dem Herrn Musikdirector  
gebührt allseitig der wärmste Dank.

**Dels, 6. Dec.** [Vom Kreistage. — Auflösung des Bürger-  
Vereins.] Zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten, an Stelle des verstor-  
benen herzoglichen Kammer-Präsidenten Herrn von der Verswort auf  
Schwieber, wurde am letzten Kreistage, welcher am 30. November abgehalten  
wurde, Herr Oberlieutenant von Wittich aus Schmöllwitz gewählt. Die  
Kreisversammlung sprach folgende Beschlüsse aus: Zur Unterhaltung  
von Bezirks-Hebammen 600 M. jährlich bis auf Weiteres; dem Militär-  
Cursus in Wambrun eine einmalige außerordentliche Unterstützung  
von 30 Mark; der Augenheil des Dr. Jand in Breslau eine jährliche  
Beihilfe von 30 M., vorläufig auf 5 Jahre. Die von dem Rentanten der  
Kreis-Communal-Kassen Herr Kreis-Steuer-Einnehmer Menzel gelegte, vom  
Kreis-Ausschuß revidirte und von der damit beauftragten Commission vor-  
gegründete Kreis-Communal-Kassen-Rechnung für 1. April 1877 bis dahin  
1878 wurde in Einnahme mit 675,516 M. 42 Pf., in Ausgabe mit 371,258  
M. 28 Pf., im Bestand mit 304,258 M. 14 Pf. festgestellt und dem Rech-  
nungsleger Decharge ertheilt. — Der im Jahre 1869 hier begründete Bürger-  
verein hat sich aufgelöst und das vorhandene Vereins-Vermögen im Betrage  
von 161 M. wird am Weihnachts-Heiligenabend an bedürftige Bürger  
hiesiger Stadt vertheilt werden.

**Ramslau, 6. Decbr.** [Zum 5. December. — Rhetoriker  
Lobello.] Anlaßlich der gestern erfolgten Heimkehr unseres geliebten  
Kaisers nach Berlin wurden hierorts von Mittag 12—1 Uhr die sämt-  
lichen Gloden der Kirchen beider Confessionen geläutet und vom Katho-  
licismus, sowie an mehreren Gebäuden wehten Flaggen in verschiedenen  
Farben. In der höheren Bürgerschule fand um 10 Uhr eine feierliche Fest-  
feier statt, in welcher nach einem einleitenden Gesänge der Herr Lehrer  
Kotelmann zuerst ein inbrünstiges Gebet sprach und dann in einem außer-  
ordentlich gegebenen und von echter deutscher Vaterlandsliebe durch-  
drungenen Vortrage auf die Bedeutung des Tages hinwies und  
ein Lebensbild unseres geliebten Kaisers entrollte, für den er am  
Schlusse zu einem Hoch aufforderte. Für den Abend hatte Herr  
Theater-Director A. Ruhn eine Festvorstellung, das dreiacrige vaterländische  
Wilhelm-Benedict'sche Schauspiel: „Eine deutsche Frau oder das Vermäch-  
tniß der Königin Louise von Preußen“ arrangirt. Sowie dieses vorzüglich  
ausgeführte Schauspiel als auch der darauf folgende Epilog mit 3 von  
bengalischen Flammen beleuchteten patriotischen Bildern wurden von dem  
Publikum, welches den festlich decorirten Saal bis auf den letzten Platz  
füllte, sehr beifällig aufgenommen. — Vorgeraten Abend hielt der Rhetoriker  
Herr J. Lobello im Saale des Rosenfeld'schen Gartens einen klaffisch-dra-  
matischen Vortrag. Insbesondere der 2. Theil desselben, Sappho's Werke in  
österreichischer Mundart bebandelnd, erregten lebhaften Applaus und ver-  
dienen es, auf diesen Rhetoriker, der in den nächsten Tagen auch in Breslau  
in verschiedenen Vereinen ähnliche Vorträge halten wird, ganz besonders  
aufmerksam zu machen.

**8. Militärisch, 5. Decbr.** [Stadtkonferenz-Sitzung. — Ge-  
meinde-Kirchenrath. — Conferenz.] Die auf Anregung des Ma-  
gistrats schon seit einiger Zeit seitens vieler Bürger erfolgte Legung von  
Votivloosen soll weiter fortgesetzt werden. Deshalb genehmigte die Stadt-  
verordneten-Versammlung vom 3. d. die Ausweisung von 200 Mark im  
Erat der Kämmerkassirer, welche, verinslich in der hiesigen Sparkasse ange-  
legt, jenem Zweck dienen sollen. In Erledigung der übrigen Vorlagen  
wurden in einer Erziehung für die Schuldeputation wiedergewählt die  
Herren Restaurateur Rahl und Eisenhändler Wende. — In der am 1. Decbr.  
abgehaltenen Sitzung des Gemeindefürsorge-Raths gelangte ein Antrag der  
Gemeinden Graßnitz, Hammer, Politz, Dammern, auf Auspflanzung aus der  
Parochie Militärschule und Einpflanzung in die Parochie Wilschowitz, zur Be-  
rathung. Hierauf wurde seitens des Gemeindefürsorge-Raths sowohl, als  
auch der Gemeinde-Vertretung einstimmig beschlossen, diesen Antrag abzu-  
lehnen, da nach dem, zwischen den bezeichneten Gemeinden und der Kirche  
Militärschule im Jahre 1825 gerichtlich abgeschlossenen und im Jahre 1826 von  
dem Consistorium für die Provinz Schlesien bestätigten Vertrage bereits dar-  
mals die Auspflanzung in Wirklichkeit stattgefunden hat, eine Entlassung  
dieser Gemeinden aus der in dem angezogenen Vertrage übernommenen  
Verpflichtung zur Zahlung von Kirchenbaukosten nicht stattfinden kann und  
daß demnach Vorschläge über Zahlung eines Pauschbetrags bezüglich  
der Kirchenbaukosten entgegengesetzt wird. — In der am 4. d. Mts. unter  
Vorath des Ortschulinspectors Herrn Rector Wobbe abgehaltenen Bezirks-  
Conferenz des 1. Bezirks gelangte eine Arbeit über „das Strafen in der  
Vollschule“ zum Vortrag. Die nächste Zusammenkunft am 6. Januar 1879  
schreibt eine Lehrprobe vor.

### Handel, Industrie etc.

**Berlin, 6. Dec.** [Börse.] Auf Grund der vorliegenden Nachrichten  
und Coursemeldungen von den auswärtigen Börsenplätzen nahm auch  
unsere Börse eine recht feste Physiognomie an. Die Hauptspeculations-  
werthe eröffneten das Geschäft bereits mit höheren Notirungen und allem  
Anschein nach hätten dieselben auch im weiteren Verlaufe fernere Course-  
anwachen erzielen können. Die Gesamthaltung schwächte sich jedoch schon  
in der ersten Börsensunde wieder ab, als die Zahlungseinstellung der seit  
ca. 40 Jahren bestehenden und gut renommirten Firma M. M. Cohn in  
Nordhausen bekannt wurde. Dieser Fall dürfte für jene Gegend verhängnis-  
voll werden können, da viele kleinere Firmen durch genanntes Haus ihre  
Geldgeschäfte besorgen ließen. Von einer nennenswerthen Theilnehmung  
unseres Platzes verlautete nichts. Der Verkehr gestaltete sich im All-  
gemeinen etwas lebhafter und zeigten sich von den internationalen Specu-  
lationspapieren namentlich Oesterreichische Staatsbancactien bedorugt.  
Die leistungsfähigste Einnahme weist ein Plus von 1900 fl. auf. Oester-  
reichische Creditactien fest und ziemlich lebhaft, nur Lombarden verhielten  
sich ruhiger. Die Oesterreichischen Neben-Bahnen trugen eine sehr feste  
Physiognomie. Böhmisches West-Bahn, Elisabeth-  
bahn und Josefbahn belebt. Von den localen Speculations-Effecten zeich-  
neten sich Disconto-Commandit-Anteile durch bessere Stimmung aus.  
Laurabahn blieben sehr still. Es notirten Disconto-Commandit pr. ult.  
134,90—134,60, Laurabahn pr. ultimo 70,40—70. In den auswärtigen  
Staatsanleihen war das Geschäft sehr eng begrenzt, für Türken zeigte sich  
bessere Nachfrage und zog auch der Course etwas an. Ungarische Goldrente  
anfanglich höher, dann ermattend. Andere Werthe dieser Gattung unver-  
ändert. Prozentige russische Anleihen pr. ult. 81,75—82—81,90. Russische  
Noten ziemlich lebhaft, pr. ult. 199 1/2—8 1/2—199 (Vorräume 200 1/2—199 1/2).  
Preussische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahn-  
Prioritäten blieben nicht ganz geschäftlos und trugen auch eine recht feste  
Tendenz. Görlitzer und Gotthardbahn bedorugt. Auf dem Eisenbahn-  
Actienmarkt herrschte eine gedrückte Stimmung. Stettiner stark weichend,  
Potsdamer, Hamburger und Anhalter ließen gleichfalls etwas an, Gotthard-  
bahn beliebt, Rumänen fanden gute Käufer. Obligationen behauptet, Weimar-  
Gera matter, Thüringische Südbahn und Werabahn ebenfalls niedriger,  
Warschau-Breslauer Stamm-Prioritäten-Actien waren billiger erhältlich.  
Bank-Actien in mäßigem Verkehr. Darmstädter steigend, Leipziger Credit-  
bank höher, Schlesischer Bankverein und Braunschweiger Bank besser,  
Deutsche Bank besserie etwas die Notiz, Braunschweigische Hypothekendar-  
bank, Preussische Boden-Credit gedrückt, Norddeutsche Grundcredit 7 pCt.  
niedriger, Berliner Handels-Gesellschaft ging im Course zurück, Schaaf-  
hausen weichend. Industrie-Papiere wurden nur sehr wenig gehandelt.  
Tischler niedriger, Brauerei besser, Berliner Spiritus-Verein höher,  
Deutscher Gas-Actien zogen etwas an, Große Werderbahn weichend, Con-  
tinental-Werderbahn besser, Viehhof zog im Course an, Jagonschmiede nach-  
gehend. Oberhessischer Eisenbahnbedarf zu steigendem Course lebhaft be-  
gehrt. Montanwerthe fast gänzlich vernachlässigt, Mederacher anziehend.  
Um 2 1/2 Uhr: Schwächer auf London. Credit 402,50, Lombarden 120,  
Franzosen 445, Reichsbank 154,90, Disconto-Commandit 134, Laurabahn 70,  
Türken 12,40, Italiener 74,25, Oesterreichische Goldrente 62,25, Ungarische  
do. 72,50, Oester. Silberrente 54, do. Papierrente 53,10, 5proc. Russen  
81,75, Köln-Minener 103,25, Rheinische 107,75, Bergische 76,75, Rumänen  
35,25, Russ. Noten 198,75.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent. Cp. 174,—  
bez., do. Eisen-Coup. 173,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min.  
50 Pf. f. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,17,75 bez., do. Eisenbahn-  
Prioritäten 4,17,25 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City  
4,17 pr. 1. Jan., Russ. Central-Boden min. 20 Pf. Paris, do. Papier und  
verl. min. 75 Pf. f. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau.  
Russ.-Engl. conj. verl. 20,50 1/2 bez., Russ. Zoll 20,50 1/2 bez., 22er Russen  
—, Große Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit 20,17 pr. Jan.,  
Warschau-Wiener Comm. 20,10 pr. Jan., 8% Rumänische Staats-Anleihe  
—, Warschau-Terespol 20,17 bez., 3% und 5% Lombard min. 10 Pf.  
Paris, Diverge in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min.  
— Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus 35 Pf.  
Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20,41 bez.

**Berlin, 6. Decbr.** [Producten-Bericht.] Das Wetter hat sich im  
Laufe des heutigen Vormittags etwas freundlicher gestaltet. — Roggen war  
sehr matt, mäßiges Angebot auf Termine hat nur zu etwas herabgesetzten  
Preisen Aufnahme gefunden. Waare blieb vernachlässigt. — Roggenmehl  
matter. — Weizen in sehr beschränktem Verkehr, Preise zu Gunsten der  
Käufer. — Hafer loco und auf Termine flau. — Rübsöl blieb unbeachtet  
und ist auch zu ermäßigten Preisen nur wenig umgesetzt worden. — Petro-  
leum still. — Spiritus ungelebt, Haltung entschieden matt.

Weizen loco 150—195 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner  
weiser märkischer — M., feiner gelber russischer 175 Mark ab Bahn  
bez., per December 172—171 1/2 M. bez., per April-Mai 178 1/2—178 M.  
bez., per Mai-Juni 180 1/2—180 Mark bez., Gefündigt 4000 Centner.  
Rübsölpreis 172 M. — Roggen loco 115—131 M. pro 1000 Kilo  
nach Qualität gefordert, russ. 115—117 M., neuer russischer — M., neuer  
inländischer 124—127 M. ab Bahn und Rahn bez., feiner inländischer  
— M. bez., per December 119 1/2—119 M. bez., per December-Januar  
119—118 1/2 M. bez., per Januar-Februar 119 1/2—119 M. bez., per April-  
Mai 121—120 1/2 Mark bez., per Mai-Juni 121 Mark bez., Gefündigt 3000  
Ctr. Rübsölpreis 119 M. — Gerste loco 112—185 M. nach Qualität  
gefordert. — Mais loco — M. nach Qualität gefordert, neuer ungarischer  
— M. ab Bahn bez., — Safer loco 95—135 Mark pro 1000 Kilo nach  
Qualität gefordert, oft- und westpreussischer 98—116 M. bez., russischer  
98—112 M. bez., pommerscher 110—117 M. bez., sächsischer 110—120 M.  
bez., böhmischer 110—120 M., feiner weißer pommerscher und medlenbur-  
gischer 121—125 M. bez., feiner weißer russischer — M. ab Bahn bez.,  
per December — M. bez., per April-Mai 115 1/2 M. bez., per Mai-Juni 118  
M. bez., Gefündigt — Ctr. Rübsölpreis — M. — Erbsen, Rohware  
145—195 M., Futterwaare 125—141 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo  
Br. unberfeuert incl. Sad Nr. 0: 25,00—24,00 M., Nr. 0 und 1: 24,00  
bis 23,00 M. bez., — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unberfeuert incl.  
Sad Nr. 0: 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,25—16,25 M. —  
Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad per December und  
December-Januar 16,80—16,70 M. bez., per Januar-Februar 17—16,90  
M. bez., per Februar-März 17—16,95 M. bez., per März-April — M.  
bez., per April-Mai 17,05 M. bez., per Mai-Juni 17,10 bez., Gefündigt  
500 Ctr. Rübsölpreis 16,75 M. — Deliaaten: Winterraps loco 228  
bis 245 M. bez., Winterraps loco 220—235 M. bez., defect. rumänischer  
— M. ab Bahn bez., — Rübsöl pro 100 Kilo loco mit Saß — M., ohne Saß  
56 M. bez., per December 57,2—56,7 M. bez., per December-Januar 57  
bis 56,6 M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 58,1—57,8  
M. bez., per Mai-Juni 58,3—58,1 M. bez., Gefündigt — Ctr. Rübsölpreis  
— Mark. — Leinöl loco 58 M. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl.  
Saß 20,2 M. bez., per December 19,8 M. bez., per December-Januar 19,8  
M. bez., per Januar-Februar 20,1 M. bez., per Februar-März — M. bez.,  
per März-April 20,3 Mark bez., per April-Mai — M. bez., Gefündigt  
1200 Ctr. Rübsölpreis 19,7 M.  
Spiritus loco ohne Saß 52 M. bez., per December 51,7—51,5 M. bez.,  
per December-Januar 51,5—51,3 M. bez., per Januar-Februar 51,5—51,3



